

Was uns beschäftigt, was uns angeht

Tagung des Deutschen Werkbundes Baden-Württemberg am 1. und 2. Juli 1966 in Freiburg/Br.

Die diesjährige Tagung des Deutschen Werkbundes befaßte sich mit verschiedenen Grund- und Form-Fragen der Stadtgestaltung, die in den letzten Jahren immer wichtiger wurden. Da viele Berührungspunkte zwischen unserer Arbeit und dem Tagungsprogramm erkennbar waren, wurde es dankbar begrüßt, daß der Vorsitzende des Schwäbischen Heimatbundes zur Teilnahme eingeladen wurde.

Obwohl in den Aussprachegruppen mehr die Probleme aufgezeigt und die verschiedenen möglichen Standpunkte dargestellt wurden, als daß Lösungen und Rezepte gegeben werden konnten, so erschien es doch erwünscht, gerade aus der Sicht des DWB unseren Mitgliedern einen Überblick zu geben. Wir sind Herrn Stadtdirektor Dr. Christoph Andritzky, Mannheim, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des DWB Baden-Württemberg, deshalb dankbar dafür, daß er uns den nachfolgenden Bericht zur Verfügung gestellt hat.

W. Kittel

Fünf Themen zur Stadt

Der Deutsche Werkbund hatte 1965 mit der Ulmer Jahresversammlung des Landesverbandes Baden-Württemberg einen neuen Tagungsstil erprobt und gefunden:

Aktuelle Fragen und mögliche Antworten wurden den Mitgliedern und Gästen nicht in Vorträgen präsentiert, sie wurden vielmehr in Diskussionsgruppen, die für alle Mitglieder und eingeladene Freunde des Werk-

bunds offen waren, erörtert. Das Ergebnis der Gruppenarbeit wurde dann öffentlich vorgetragen.

Die Ulmer Tagung, an der die Hochschule für Gestaltung eindringlich mitgewirkt hatte, hatte Erfolg und wurde deshalb beispielgebend für die Freiburger Jahrestagung 1966, die am 1. und 2. Juli in der Alten Universität stattfand.

Fünf Themen zur Stadt waren es diesmal, mit denen der in fünf Gruppen aufgeteilte, große Teilnehmerkreis konfrontiert war:

- Design im Stadtbild
- Politik und Stadtplanung
- Die kulturelle Funktion der Stadt
- Stadterneuerung und Tradition
- Stadt und Universität

Kein Zweifel, daß der Werkbund bei der Wahl der Themen eine glückliche Hand hatte. Jedes einzelne trifft sozusagen einen empfindlichen Nerv, zumal unsere Gesellschaft vom Urbanen weitgehend bestimmt wird. So ist es wichtig, über das Gute wie über das Fragwürdige der Stadtbestimmtheit nachzudenken. Die Literatur zu diesen Fragen ist nicht ohne Grund in den letzten Jahren beachtlich angewachsen; Alexander Mitscherlich, selbst dem Werkbund zugehörig, hat hier wesentliche Akzente gesetzt.

In den Diskussionsgruppen referierten die Gruppenleiter diesmal nicht selbst, vielmehr brachten Kurzreferate die Gespräche in Gang. Ausgesprochene Sachkenner, zumeist Praktiker, hatten sich hierfür zur Verfügung gestellt. Bis auf den Freiburger Theologen Professor Welte waren sie übrigens sämtlich Mitglieder des

Werkbunds. Die Referenten hatten keine freie Bahn; sie waren gehalten, zur Einleitung der allgemeinen Gruppendiskussion nicht länger als zehn Minuten zu reden. So blieb ihnen bei der Trächtigkeit der Themen nur übrig, scharf formulierte und damit oft zum Widerspruch reizende Thesen zu formulieren. Das kam der Diskussion sehr zugute.

Es ist gewiß nicht möglich, in einem kurzen Bericht erschöpfend die Fülle von Fragen, Anregungen und gegensätzlichen Meinungen wiederzugeben, die bei den fünf Themen ans Licht kam. In der Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden am zweiten Veranstaltungstage – nachdem die Diskussionen abgeschlossen waren – klang das bereits an. Professor Götz konnte dabei auf die ungewöhnlich aktive Beteiligung der Teilnehmer hinweisen, die seine Forderung bestätigte, daß der Werkbund anregen, beunruhigen und ein waches Gewissensregulativ sein müsse. Und Bürgermeister Zens, der die Stadt Freiburg vertrat und selbst Architekt und Städteplaner ist, bekannte in seiner frischen, unkonventionellen Ansprache, daß jedes der fünf Tagungsthemen unmittelbar Probleme seiner eigenen Stadt berühre. Er verglich die Städte mit den Menschen – beide fehlerhaft und zugleich liebenswert – und er billigte jedem Menschen ein Quantum Unordnung und seinen eigenen Flohmarkt zu. Damit verdeutlichte er, der ersichtlich der Werkbundidee nahesteht, daß der Werkbund keineswegs ein Verfechter kalter Schönheit und gemütsarmen Ästhetentums ist.

Die je halbstündigen Zusammenfassungen, welche die Berichterstatter der fünf Gruppen über die Diskussion in ihrem Kreise gaben, ließen erkennen, wie lebhaft und oft kontrovers diskutiert worden war. Nachfolgend sind die Diskussionsergebnisse der fünf Arbeitsgruppen wiedergegeben.

1. Diskussionsgruppe:

Design im Stadtbild

Leiter: Dipl.-Ing. Wendel Rolli, Stuttgart

Referenten: Oberbaurat Klaus Humpert, Freiburg; Graphiker Anton Stankowski, Stuttgart; Dipl.-Ing. Herbert Ohl, Prorektor der Hochschule für Gestaltung, Ulm

Design ist bei den Gebrauchsgütern bereits zu einem Begriff geworden, mit dem sich die Vorstellung von Zweckmäßigkeit und gutem Aussehen durch gestaltete Form verbindet. Handel und Industrie haben das ihre getan, um gutes Design bekanntzumachen. Auch beim Investitionsgut setzt sich allmählich die Erkenntnis vom Wert der guten Form des Gegenstandes durch. Aber die Bedeutung des Design für das Erscheinungsbild einer Stadt ist weithin nicht erkannt und durchdacht. Selbst die Sachverständigen in der Diskussionsgruppe mußten sich zunächst mit der Begriffsbestimmung beschäftigen.

Der städt. Oberbaurat Humpert aus Freiburg ging von den Fragen des Städtebaus und der Planung aus. Das Konstruktive, Rationale sieht er so stark im Vordergrund, daß darüber die Bauästhetik, die Raum- und Oberflächenstrukturierung vernachlässigt wird. Für das Design in der Stadt liegt hier eine noch unerfüllte Aufgabe des Stadtgestalters im Blick auf die menschlichen Wünsche und Maßstäbe.

Dozent Ohl von der Ulmer Hochschule für Gestaltung engte den Begriff ein. Für ihn gehört zum Stadt-design alles, was zur Ausrüstung und zur Anpassung an den Menschen in die gebaute Stadt eingebracht wird: Lampen, Telefon- und Wartehäuschen, Briefkästen, Schilder usw., kurzum das, was die Angelsachsen als *street furniture* bezeichnen; in deutscher Übersetzung würde das „Möblierung der Straßen“ heißen. Dazu kommt noch das Bild der Druckschriften, Plakate, bis hin zu den Briefbögen der Stadtverwaltungen. Nach

Ohl kommt es weniger auf die Verbesserung des Einzelprodukts als auf die Koordinierung des Gesamten, vor allem aber auf besseres Funktionieren und mobiles Anpassen an die wechselnden und neu entstehenden Bedürfnisse an. Hier sieht er eine wichtige stadtpolitische Aufgabe.

Auch der Stuttgarter Graphiker Stankowski betonte die Notwendigkeit, am gesamten Erscheinungsbild einer Stadt – einschließlich Straßen, Freiräumen, Drucksachen, Büros – zu arbeiten. Er verglich dieses Erscheinungsbild mit dem Firmengesicht, auf das Unternehmen der Wirtschaft mit Recht Wert legen. Was für das geistig-visuelle Erscheinungsbild gewonnen werden kann, zeigte Stankowski an Hand eines Auftrags, den er zur Zeit für eine deutsche Großstadt bearbeitet, und der den graphischen Teil des Stadt-design betrifft, nämlich Druckschriften – wie Werbebroschüren, Briefbögen – aber auch Straßenschilder u. a. m.

Die lebhaftige Diskussion machte offenbar, wie wenig die Aufgabe des Designs im Stadtbild erkannt und verstanden wird und wie wenig Brauchbares bisher existiert. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten (Bahn, Post, Stadtverwaltung etc.), fixierende Vorschriften, hereinspielende Privatinteressen erschweren die Arbeit außerordentlich. Man war sich einig, daß Erfolge nur zu erwarten sind, wenn

1. die Spitze der Stadtverwaltung – möglichst der Oberbürgermeister oder Oberstadtdirektor persönlich – die Aufgabe erkennt und bejaht;
2. die Stadtverwaltung und die Öffentlichkeit durch Aufklärung, Vorschläge, Beispiele, Presseveröffentlichungen gewonnen werden;
3. der Stadtverwaltung auf diesem Gebiet ein fähiger, sachverständiger und genügend universell denkender Berater oder Beratungsausschuß zur Verfügung steht.

Es wurde vorgesehen, eine Aufklärungsbroschüre zu verfassen. Hierfür und für die weitere Arbeit an der Aufgabe „Stadt-design“ wurde ein Ausschuß gebildet, dem angehören

die Herren Professor Bley, Dozent Ohl, Frau Seeger vom Rat für Formgebung und Graphiker Stankowski sowie ein noch zu benennender Stadtpolitiker.

2. Diskussionsgruppe:

Politik und Stadtplanung

Leiter: Erster Bürgermeister Dr. Jürgen Hahn, Stuttgart

Referenten: Bürgermeister Dr. Christian Farenholtz, Stuttgart; Dipl.-Ing. Architekt Paul Schütz, Karlsruhe

Vor der Berichterstattung über die Diskussionsergebnisse hatte der erste Vorsitzende Professor Götz darauf hingewiesen, daß der Werkbund unabhängig von weltanschaulichen und parteipolitischen Doktrinen sei, seine Aufgabe in der Behandlung öffentlicher Belange sehe und politische Themen keineswegs scheue.

In der Diskussion war man einig, daß Landesplanung, Stadtplanung, Raumordnung in den politischen Bereich gehören. Es geht darum, das Zusammenleben der Menschen und die räumliche Ordnung zu gestalten. Das Bundesbaugesetz als eine Art Grundgesetz stand zur Debatte. Was, für wen und in welcher Rangfolge zu planen ist, muß politisch entschieden werden. Stadtplanung ist – so Dr. Hahn – das Kernstück kommunaler Selbstverwaltung. Das allgemeine Interesse und das der einzelnen Bürger in gerechter Abwägung aufeinander abzustimmen, ist die ständige Aufgabe. Die vielerlei einander oft widerstrebenden Bedürfnisse (Verkehr – Naturschutz – Verteidigung – Jugendförderung – Wirtschaft – Gottesdienst – Landwirtschaft – private Bauwünsche) wurden erörtert und Probleme der Praxis aufgezeigt, z. B. die Gefahr der Ermüdung von Behörden, wenn sie vermeintlichem Volkswillen, massiven Angriffen und Interventionen ausgesetzt sind.

Besonderer Wert wurde auf weitreichende Publizität und öffentliche Dis-

kussion der Planungsvorhaben gelegt. Zu Recht beklagen Bürger die fehlende oder zu späte Orientierung. Die Frage nach der Zuständigkeit fachlich Unzuständiger kam auf (die übrigens auch die Gruppe „Die kulturelle Funktion der Stadt“ beschäftigte). Verstehen die den Flächennutzungsplan und die Bebauungspläne beschließenden Gemeinderäte genug von der schwierigen Materie? Wenn nein, so ist ihre Zuständigkeit dennoch unumstritten.

Stärkeres Ausschöpfen verfügbaren Fachwissens und Erfahrungsgutes, kraftvolles Zusammenwirken von Verwaltung und bürgerschaftlichen Kräften wurden gefordert. Andererseits: Wenn die fachkundige Jury eines Wettbewerbs geurteilt hat, so sehen sich nicht selten Oberbürgermeister und Gemeinderäte – kaum aber der Architekt selbst – herber Kritik ausgesetzt, wenn der – im Entwurf preisgekrönte – Bau fertig ist. Übrigens wissen vor allem die führenden Architekten heute – anders als früher – um den politischen Gehalt ihres Berufsauftrages. Sie wissen auch, daß man von ihnen nicht einen Ideal-, sondern einen Optimalplan erwartet.

Gefordert wurde, daß die Architektenausbildung die Politik und eine zeitweilige Arbeit bei einer Planungsbehörde einbeziehe. Der Städtebauer muß soziologische, politische, hygienische und pädagogische Grundkenntnisse haben. Auch das einzelne Bauwerk muß im Rahmen der städtebaulichen Konzeption gesehen werden.

3. Diskussionsgruppe:

Die kulturelle Funktion der Stadt

Leiter: Journalist Erhard Becker,
Mannheim

Referent: Intendant Ulrich Brecht,
Kassel

Die kulturelle Funktion der Stadt geht wesentlich weiter als der Bereich der Kunst. Sie umfaßt alle Erscheinungen und Lebensformen, auch die

Atmosphäre der Stadt, die das Verhalten ihrer Bürger beeinflusst und für den Kontakt mit dem Geistigen und Kulturellen sorgt. Das muß im Großen bereits in der Planung und im Einzelnen durch fördernde Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Stadt, die mehr ist als eine Anhäufung von Menschen und Beton, wurde als kulturbildendes Element nicht in Frage gestellt, ihre kulturelle Funktion als selbstverständlich angesehen. Größe und Einwohnerzahl einer Stadt sind zwar nicht allein maßgebend für den Umfang des kulturellen Lebens, wohl aber für die Bereitung des Nährbodens dafür und für das Entstehen einer kulturtragenden Schicht. Die Zuordnung von Funktion und Gesellschaft ist gegeben.

In der Diskussion wurde ausgiebig die – zwar nicht direkt, aber dem Sinn nach gestellte – Frage erörtert, wie weit die Stadt künstlerische und geistige Werke unterstützen kann, die alles Vorhandene zunächst in Frage stellen – und andererseits, in welcher Lage der kritische Künstler und Geistes schaffende angesichts solcher unvermeidbaren Förderung gerät. Der Förderung bedarf es, weil Kultur nicht dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen werden kann. Der Förderung dient aber auch der Steuergrößen des Bürgers, der kein Verständnis für das hat, was da gefördert wird.

Nach Adorno muß jeder, der Kultur sagt, auch Verwaltung sagen. Erörtert wurde die Notwendigkeit, unsere totale Abstimmungsgesellschaft aufzuheben, die Elemente der Beunruhigung zu fördern (Amt für öffentliche Beunruhigung!). Beratende Ausschüsse, bestehend aus Künstlern und anderen schöpferisch tätigen Persönlichkeiten, für die Gemeindeparlamente zu schaffen oder solche Personen in die örtlichen Gremien wählen zu lassen, wurde schließlich nicht gutgeheißen. Man hielt es für richtiger, daß Menschen dieser Art als Mitglieder politischer Parteien und im internen Kreis kraft ihrer Überzeugung und ihrer Argumente wirken sollten.

Kultur wurde als Funktion der Politik aufgefaßt. Kulturelle Entscheidungen könnten dem politischen Bereich – zu dem jede Maßnahme der gewählten Körperschaften gehört – nicht entzogen werden. Die einer Vollmacht gleichkommende Berufung der Leiter der kulturellen Institutionen einer Stadt stellt bereits die Weichen. Kulturförderung soll alle wesentlichen Initiativen aus der Bürgerschaft und auch die Erwachsenenbildung umfassen. Im Zusammenhang mit der Frage, wie die Kontrolleure in den Gemeindeparlamenten und Verwaltungen selbst kontrollfähig gemacht werden könnten, erhob sich die Forderung an die Schule, die urbane Lebensform unserer Zeit angemessen zu berücksichtigen. Erstaunen löste die Mitteilung aus, daß zwar über die Hälfte aller Schüler Baden-Württembergs aus Mittel- und Großstädten stammen, daß aber im Lesebuch-Ausschuß des Kultusministeriums die Großstädte nicht vertreten seien. Ungenügende Bildung – das gilt nicht nur für die Schulbildung – hindert die Entfaltung des kulturellen Interesses.

Herr Becker wies auf die Notwendigkeit der Kaderbildung hin, also auf die Heranbildung von Menschen mit Verständnis und Initiative für das Geistige und Künstlerische, auch innerhalb der Verwaltung, und er warnte eindringlich davor, am ohnehin bescheidenen Kulturretat zu sparen, wenn die finanzielle Situation enger werde. Kultur ist nicht Luxus, auch technisch-praktische Dinge lassen sich notfalls zurückstellen. Die Kultur dient der Stadt, nicht nur dient die Stadt der Kultur.

Allerdings bedarf es einer stärkeren Integrierung des oft zu stark abgekapselten Kulturellen in das Leben der Stadt, einer besseren Aufschließung, wie sie beispielsweise in der Museumsarbeit in den USA geübt wird. Man soll sich auch nicht scheuen, mazenatische Eitelkeit in den Dienst der Kultur zu stellen.

Es fehlt weithin an genügender Werbung für kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen, obwohl es viele Möglichkeiten dafür gibt. Intendant

Brecht zeigte das am Beispiel Ulms, dessen Theater Generalproben für Betriebsräte und ganze Betriebe zugänglich gemacht habe und in die Vereine und zu Parteien gegangen sei. Wenn – so sagte er – der Oberbürgermeister an alle Schulen schreibe und die Schüler daraufhin die Auf-
führung von Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ besuchten, dann könnten die Schüler zwanzig Stunden Geschichtsunterricht einsparen. Im persönlichen Engagement der Verwaltungsspitzen sah die Diskussionsgruppe eine besonders wirksame Unterstützung der kommunalen Kulturarbeit.

4. Diskussionsgruppe:

Stadterneuerung und Tradition

Leiter: Professor Immanuel Kroeker, Karlsruhe

Die Zusammensetzung des Gesprächskreises war ausgewogen. Für die Erhaltung der historischen Stadtkerne war etwa die Hälfte der Teilnehmer.

Hier das *Resümee*:

Die einen:

Die gewachsene Stadt in ihrem historisch überkommenen Bestand ist ein uns anvertrautes Gut, ist ein Kunstwerk. Wenn der Rahmen, in den sie hineingestellt wurde, nicht mehr den Gegebenheiten unserer Zeit entspricht oder wenn dieser Rahmen, ja das Kunstwerk als solches, durch Ereignisse, welcher Art auch immer, angegriffen oder in seinem Bestand gefährdet ist, ja zerstört wurde, ist es unsere Aufgabe, das Kunstwerk zu bewahren, zu erhalten oder wieder herzustellen.

Die Anpassung an die Erfordernisse unserer Zeit darf nur in der Form geschehen, daß der wirklich schöpferisch tätige, einfühlsame Mensch das Gefährdete mit neuen Lebensinhalten erfüllt. Es müßte uns gelingen, den gewachsenen Kern unserer Städte zum Schnittpunkt der Kontakte, zum Ort der Begegnung der Menschen untereinander zu machen. Denn in der Vielzahl neuer Stadterweiterungen ist

der Stadtkern zum einzigen noch wahrnehmbaren charakterlichen Unterscheidungsmerkmal geworden. Hier allein findet sich noch der dem Menschen gemäße Maßstab. Es gilt daher, von ihm alles fernzuhalten, was den Bestand, den Maßstab, den Lebensinhalt in Frage stellt oder beseitigt. Alle das Fundament angreifenden Kräfte sind in Bahnen zu lenken, die das Bestehende sichern helfen. Dies gilt auch und vor allem für das Verkehrsproblem, das nicht dadurch gelöst werden kann, daß man in den Stadtkern flüssige Schneisen legt und Parkhäuser in genügender Anzahl verteilt, um den Menschen auf vier Rädern nahe an das Zentrum heranzuführen und damit den Kern lebendig zu machen.

Die alten und die neuen Lebensräume müßten sich vielmehr klar voneinander abzeichnen. In ihnen müßten das Traditionsbewußtsein und das zu neuen Ausdrucksformen drängende Zeitgefühl nebeneinander bestehen können, müßte eine gegenseitige Verklammerung möglich sein, ja es müßte eine innige Integration angestrebt werden. Dieses Ziel kann nicht ohne einen gewissen Zwang, ohne Einhaltung von Spielregeln – wie das auch in früheren Zeiten der Fall war – erreicht werden. Es geht auch nicht im Rahmen üblicher wirtschaftlicher und rentabilitätsmäßiger Überlegungen. Die Erhaltung von Kulturdokumenten erfordert vielmehr besondere Opfer an Geld und Eigentumsrechten. Ohne diese Einsicht bleiben alle unsere Bemühungen weit abgeschlagen im Feld zurück, angesichts der Rücksichtslosigkeit der Realität. Es gäbe bereits Beispiele – Lyon wurde genannt – wo durch Gesetz der Staat dazu übergegangen sei, den alten Stadtbesitz aufzukaufen, ihn zu sanieren und nach der Sanierung neu aufzuteilen. Dadurch wurde er einer neuen, sinnvollen Zweckbestimmung zugeführt und mit neuen lebenserhaltenden Impulsen versehen.

Die anderen:

Den alten Bestand mit neuen Inhalten zu versehen, ist Umfunktionalismus, ist geistiger Entzug eines kultu-

rellen Entwicklungsprozesses. Es steht uns aber nicht zu, diesen Eingriff vorzunehmen, denn wirkliche Kulturen waren, soweit sie die Zeit überstanden haben, in der Durchsetzung ihrer Ziele immer rücksichtslos gegenüber dem Überkommenen. Sie ließen sich nicht einengen, nicht in einen geforderten Maßstab oder eine ästhetisierende Umhüllung hineinpressen. Kein großer Baumeister früherer Zeiten würde es verstehen, sollte er aus dem Grabe auferstehen, daß man an uns heute Forderungen dieser Art stellt. Er würde sich nicht dazu hergeben, unter solchen Bedingungen zu arbeiten.

Die Kulturen großer Zeitepochen bauten nicht auf dem Überkommenen auf, sondern zerstörten vielfach dessen Dokumente, wenn sie im Wege standen. Sie besaßen den Mut, Städte in Würde sterben zu lassen, wenn sie ihr Leben verloren. Rein ästhetisch mag ein Wiederaufbau, eine Anpassung an den Maßstab, befriedigen. Aber damit schaffen wir nur Museen. Eine Stadt ist aber kein Museum. Die Stadt wird in unserer Zeit vielmehr immer stärker zum Symbol des Lebens und zur menschlichen und geistigen Entfaltungsstätte.

Maßstäbe, die früher durchaus gültig waren und damals das Stadtbild prägten, können nicht mehr die unseren sein. So waren z. B. Wohnquartiere, die wir heute für sanierungsunwürdig, weil menschenunwürdig, ja lebensgefährdend erklären, vielfach die Wohnquartiere der Patrizier.

Wenn wir wirklich daran glauben, einen kulturellen Auftrag in unserer Zeit zu haben, und wenn wir bereit sind, ihn zu erfüllen, müssen wir dessen geistigen Gehalt durchdenken, zu ihm durchstoßen und den Auftrag erfüllen. Auch die geistigen Inhalte verändern sich. Der damit verbundene Entwicklungsprozeß überträgt sich auf alle Lebensäußerungen. Wer diese Entwicklung verleugnet, stellt sich außerhalb der Zeit und entzieht sich der Aufgabe. Niemand würde es verstehen, wenn etwa in Wissenschaft und Technik durch Rücksichtnahme auf traditionelle Ergebnisse neue Er-

kenntnisse in ihrer Entfaltung und in ihrer Auswertung zum Wohle der Menschheit gehindert würden. Auch hier reichen sich schmerzliche Zerstörung und Aufbau von neuen Fundamenten die Hand. Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit macht die Tradition sichtbar, am alten Platz etwas Neues zu errichten, wenn sich Inhalte und Maßstäbe der Zeit verändern.

5. Diskussionsgruppe:

Stadt und Universität

Leiter: Ministerialdirigent Prof. Dr. h. c. Horst Linde, Stuttgart

Stellvertreter: Ober-Reg.-Baudirektor Walter Müller, Freiburg

Referenten: Stadtdirektor Dr. Christoph Andritzky, Mannheim; Universitäts-Professor Dr. B. Welte, Freiburg

Die Diskussion in der Gruppe „Stadt und Universität“ erfüllte vollauf, was ihr Leiter, Professor Linde, erwartet hatte: Die Erörterung der geistigen – soziologischen – wirtschaftlichen und städtebaulichen Aspekte des Themas, auch der Frage, was Stadt und Universität voneinander erwarten und wie Verbindendes sich aktivieren lasse.

Das Spannungsfeld werde – so Arminde vom Stuttgarter Institut für Hochschulbau – heute besonders deutlich, weil Hochschulen 150–200 ha benötigten, auf denen sonst 30–40 000 Menschen Platz hätten, und weil zu klären sei, ob eine Universität ins Stadtzentrum oder an die Peripherie gehöre.

Die Geländefrage nahm der bewußt provokatorisch gehaltene Beitrag von Stadtdirektor Dr. Andritzky auf:

Wenn die Universität Gelände bekomme, das für Industrie-Ansiedlung verlorengelasse, so bedeute das (Gewerbsteuer-) Einnahmeverluste. Die Ausgaben aber erhöhten sich, so für Aufschließung, Versorgungsleitungen, Straßen, Verkehrsmittel, Parkplätze, Wohnungen usw. Mittelstädte mit Universitäten (Göttingen u. a.) seien arme Städte. Skeptisch sei zu fragen, ob die Kontakte zwischen Stadt und Universität echt oder nur repräsentativ seien, ob der Geist der Universität auch für die Bürger offen sei, ob der geistige Raum, den die Stadt der Universität durch teure kulturelle Einrichtungen (Theater, Orchester usw.) anbiete, von dieser recht genutzt werde, ob die Universität am kommunalen Leben tätigen Anteil nehme, kurzum, ob die ohnehin nicht publizitätsfreudigen Universitäten nicht ein abgeschlossenes Eigenleben führten und weniger kontaktfähig seien als ihre Städte. Miteinander aber sei besser als nebeneinander.

Die Universität sei – so erwiderte Rektor Baitsch (Universität Freiburg) – wie eine schöne Frau, die kostspielig sei, auch wenn man nicht viel von ihr habe. Auch das nur potentielle kontinuierliche geistige Angebot einer Universität an die Stadt sei zu schätzen, selbst wenn man es nicht nütze. – Professor Welte (Freiburg) bekannte sich zur Universitäts-Autonomie. Die Universität produziere Wissenschaft, und zwar für alle, nicht für die Stadt allein, und sie bilde Menschen. Ihre Arbeit bedinge zum Teil

ein Leben im Elfenbeinturm. Die Städte wie die Universitäten seien in einer dynamischen Entwicklung begriffen; die durch die Universitäten gehenden Menschen dienten später den Städten. Die Universitäten sollten sich zur Stadt hin, aber auch intern, kontaktfähiger öffnen. Das Wachstum bei Stadt und Universität – so der Rektor – erfordere zeitige Planung.

Planungsfragen, insbesondere die lange unsicher gebliebene Frage nach den Hochschulstrukturen als Voraussetzung für bauliche, auch städtebauliche, Konzeption wurden diskutiert. Obwohl „alte harte Bretter zu durchbohren sind“ (Rektor Baitsch), werden die Universitäten zu neuen Betriebsformen bereit sein.

Von den Kliniken als Bindeglied war weiter die Rede. In denen der Universität seien Bürger der Stadt Patienten. Neuerdings vollzieht sich mitunter Forschung und Lehre der Universität auch in Stadtkrankenhäusern.

Müller hob hervor, daß das urbane Leben der Studenten die abendliche Stadtverödung aufhebe. In ausgesprochenen Universitätsstädten bildeten Stadt und Universität doch einen lebenden Organismus. Interessant der Hinweis (Universitätsrat Dr. Curtius), daß in den USA zu Lehre und Forschung als dritte Universitätssäule der Dienst an der Öffentlichkeit hinzutrete, der bei uns starker Aktivierung bedürfe. Linde unterstrich, die hierin liegende große Aufgabe der Universität werde zu wenig gesehen.

Dr. Christoph Andritzky